

Danziger Zeitung.

Nr. 18771.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Retherhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 25. Februar. (M. Z.) Nach den von der Seehandlung versendeten Mittheilungen über den Zuthellungsmodus für die dreiprocentigen preussischen Consols entfallen, wie die „Börsische Zeitung“ angiebt, auf die Zeichnungen bis 3000 Mark zweihundert, bis zehntausend Mark 300- bis 15000 Mk. fünfhundert, darüber hinaus 3 Proc. Die Zeichnungsstellen erhalten auf ihre Gesamtzeichnung 3 1/2 Proc. zugewiesen mit dem Wunsche, sich dem obigen Repartitionsmodus anzuschließen.

Petersburg, 25. Februar. (Privattelegramm.) Es sind angeblich nihilistische Emisäre verhaftet worden, welche die Arbeiterkumulte in den kaiserlichen Marinewerksstätten inscenirt haben sollen.

Newyork, 25. Febr. (Privattelegramm.) Auf der am 4. Februar bei dem Grubenunglück in Jeansviller verschütteten Stelle sind vier Arbeiter gestern lebend aufgefunden worden, die sich in 19tägiger Gefangenschaft durch Austrinken des Grubenöls ernährt hatten.

Politische Uebersicht.

Danzig, 25. Februar.

Die Verwendung der Ueberschüsse.

Im Abgeordnetenhaus hat gestern die Beratung über die Verwendung der Ueberschüsse aus der neuen Einkommensteuer den erwarteten Ausgang genommen. Der Herr Finanzminister hat mit seiner Taktik Glück gehabt; trotzdem aber waren seine Argumente durchaus nicht die glücklichsten. Er zog gestern demonstrativ gegen die Freisinnigen als angeblich principieller Gegner der Vorlage zu Felde und bemühte sich, zwischen diesen unverbesserlichen Neinsagern und den übrigen Parteien eine scharfe Grenzlinie zu ziehen. So warf er dem Abg. Richter vor, derselbe hätte die Quotifung als unentbehrliche Vorbedingung für die Annahme der Vorlage überhaupt hingestellt. Das stimmt aber mit den Thatfachen nicht überein. Herr Richter hat vielmehr erklärt, eventuell auch mit dem Antrage Frihen zufrieden zu sein, d. h. wenn nur von der zweijährigen Aufseicherung der Ueberschüsse Abstand genommen würde. Der Schluss der Debatte verhinderte den Abg. Richter, Herrn Miquel näher zu antworten. Es wird sich hier wohl bei der dritten Lesung Gelegenheit finden.

Es wurden schließlich, wie schon gemeldet, die wiederholt erörterten Anträge der Commission angenommen, nachdem alle Abänderungsanträge mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt worden waren. Herr Dr. Miquel — das muß man ihm lassen — versteht das Geschäft, die Widerspenstigen zu zähmen, und obendrein ist er nicht ängstlich in der Wahl der Mittel. Es war — schreibt uns unser Berliner Correspondent — ergötzlich, zu hören, wie er — nicht etwa die Conservativen, sondern die Nationalliberalen vom linken Flügel darüber beruhigte, daß es wirklich später, nach drei Jahren, zur Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuern kommen werde. Jedenfalls, schien er zu sagen, wenn es doch nicht geschehen sollte, so sei das ja nicht seine Schuld. In seiner Art originell war es auch, wie er den Quotifungsantrag des Abg. Richter als völlig außerhalb des Rahmens des Steuergesetzes liegend pathetisch abwie, dann wieder einräumte, daß man ja die Quotifung aus Ersparnisrückständen wünschen könne, und endlich die verlockende Perspektive eröffnete, daß das Haus die Quotifung noch einmal der freien Entscheidung der Krone verdanken könnte. So wurden die Freisinnigen, auf deren Zustimmung Herr Miquel nicht mehr zu rechnen scheint, in die Strafe verwiesen und gleichzeitig die Nationalliberalen, die ja platonische Anhänger der Quotifung sind, in der praktischen Verleugnung derselben bestärkt. Der Herr Finanzminister hat alle Urkräfte zufrieden zu sein. Nur Herr v. Goshler ist leer ausgegangen. Er erhält für die notwendigen Schulbauten keinen Pfennig, weder aus dem Fonds der lex Huene, noch aus den Ueberschüssen aus der Einkommensteuer. Vielleicht tröstet sich Herr v. Goshler damit, daß noch nicht aller Tage Abend ist und daß, nachdem die Conservativen gestern mit den Freisinnigen gegen die Commissionsbeschlüsse gestimmt haben, das Herrenhaus in der Haltung der Conservativen eine Richtschnur für seine weitere Action sehen wird.

Ueber das äußere Aussehen des Hauses bei der gestrigen Sitzung wird uns von unserem S.-Correspondenten geschrieben:

Im Hause sah es so aus, wie immer vor solchen wichtigen Abstimmungen. Die Abgeordneten haben nicht mehr die nötige Ruhe, Redner, die nicht gerade als Parteihäupter gelten, anzuhören. Nach der Rede Miquels wurde die Unruhe gar so groß, daß selbst Graf Kanitz mit seiner scharfen Stimme ziemlich unverständlich blieb, und diejenigen, die den stimmbegabten Freiconservativen Miquel hören wollten, mußten sich ganz in seine Nähe begeben. Ein Beweis dafür ist folgende kleine Episode: Ein auf der Tribüne neben den Journalisten sitzender Herr beugte sich über die trennende Bretterwand mit der naiven Frage: „was will der Herr?“, worauf er zu seinem Erstaunen erfuhr, daß derselbe nach Vermuthungen gemiegter Journalisten für die Commissionsfassung eintrete. Herr v. Goshler, der sich während der Rede Miquels eingefunden hatte, empfand augenscheinlich das Bedürfnis, einem theilnahmsvollen Zuhörer sein Herz auszusprechen, und fand einen solchen in dem Abg. Combari, der sich auf seinem gewöhnlichen Platz in der Nähe des Ministerstisches befand. Wohl gut eine Viertelstunde lang hielt

ihm der Cultusminister, der sich neben ihm gesetzt, Vortrag. Inzwischen ist der Antrag auf Schluss der Discussion eingegangen; die etwas leer gewordenen Plätze füllen sich auf der rechten Seite vollständig. Im Centrum sind bedeutende Lücken vorhanden. Nicht erhält zu einer persönlichen Bemerkung gegen eine Insinuation des Finanzministers das Wort, doch, da er etwas dazu auszuholen scheint, unterbricht ihn der Präsident, dessen Gangmuth bei persönlichen Bemerkungen sonst groß ist, mit dem Ausruf: „Sie haben dem Minister nichts nachzuweisen“, was einen Heiterheitsausbruch zur Folge hat. Es gelingt Richter nicht, seine Ausführung zu Ende zu bringen. Miquel will etwas erwidern, wird aber von verschiedener Seite, wie neulich, abgelenkt und sehr sich freundlich lächelnd. Dann erhebt sich der Präsident, um die Reihenfolge der Abstimmung festzustellen, was bei der Masse der Anträge eine ziemliche Zeit erfordert. Zuerst ist der Quotifungs-Antrag Richter an die Reihe, für den sich nur die Freisinnigen und ein Theil des Centrums, trotz der gestrigen Ausführungen Windhorsts, erhebt. Ungetrübte Heiterkeit erregt es dann, als für den Antrag Barmherzig sich Herr v. Goshler allein und für den Antrag Goshler fünf Nationalliberalen erheben. Schließlich wird die Commissionsfassung gegen die Stimmen der Conservativen und Freisinnigen angenommen; den Conservativen geht dieselbe nicht weit genug, den Freisinnigen zu weit. Herr Miquel erstirbt vor Freude über seinen Sieg. Herr v. Goshler geht es nicht so gut; nicht nur die Vorlage der Regierung, je 10 Mill. für zwei Jahre aus der lex Huene zu nehmen, sondern auch die Fassung der Commission, aus den „bereitesten Mitteln des Staates“ 20 Millionen zu nehmen, sowie ein heute gestellter Antrag Richter v. Zedlitz, von der lex Huene für 1890/91 ein Drittel und für 1891/92 ein Viertel für Schulbaugeschäfte anzunehmen, wird abgelehnt. Traurig pakt Herr v. Goshler seine Papiere in seine dicke Mappe und verläßt das Haus, in welchem für seine arme Volksschule nicht einmal der kleine Brocken von 20 Millionen abfällt.

Die Beratung des Arbeiterschutzes im Reichstage.

Fast hätte der Reichstag gestern ganze vier Paragraphen des Arbeiterschutzes und darunter den sehr wichtigen § 119 a, der der Lohnkündigung eine enge Grenze zieht, erledigt; aber das Schicksal oder vielmehr der Abg. Singer wollte es nicht. Die Socialdemokraten sind gegenüber der neuen Vereinigung, welche von den Freisinnigen nach Rechts alle Parteien einschließt, ziemlich lahmgelegt. Von den Anträgen Gutschloß u. Gen. weiß man schon im Voraus, daß sie der Annahme durch die große Mehrheit des Hauses sicher sind. Meist geht auch die Volkspartei mit dieser Mehrheit; hin und wieder aber bilden die Socialdemokraten, Volkspartei und einige Mitglieder der Freisinnigen die Minorität. In allen Fällen ist das Ergebnis der Abstimmung in keiner Weise zweifelhaft, mag das Haus nun beschlußfähig sein oder nicht, was letzteres freilich die Regel ist. Um so mehr Werth legen die Socialdemokraten darauf, ihre Ansichten oder, was sie so nennen, ihre Recriminationen in weit-schweifiger Weise anzubringen. Bei dem Beschlusse über die Lohnkündigung war dieses Bedürfnis um so lebhafter, als diese Bestimmung eine von der Regierung nicht beantragte Beschränkung der Rechte des Arbeitgebers enthält und als es sich hier um eine Ergänzung der Vorlage in arbeiterfreundlichem Sinne handelt, welche einer der Grundsteine des ganzen Compromisses über die Vorlage ist. Mit einem Male fand jetzt der Abg. Molkenbühr heraus, daß Lohnabzüge, über die die Socialdemokraten sonst so heftig klagen, garnicht allgemein sind, und daß erst die Bestimmung, welche das Recht der Arbeitgeber, Lohnabzüge im Hinblick auf künftige Contractbrüche zu machen, einschränkt, die Arbeitgeber veranlassen wird, von diesem Rechte reichlichen Gebrauch zu machen. Darüber viel zu reden, verlohnt sich wirklich nicht; und so wurde, nachdem Molkenbühr, Papper, Hirsch gegen, Gutschloß für den Antrag gesprochen, die Discussion geschlossen. Herr Singer, der erst in der letzten halben Stunde im Hause erschienen war, richtete sich für diesen Schluss durch den Antrag auf Aussetzung. Herr Singer bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses, von dem es zweifelhaft ist, ob es in den letzten acht Tagen zu irgend einer Zeit einmal beschlußfähig gewesen ist; welches aber gerade gestern, nachdem die Sitzung des Abgeordnetenhauses früher als gewöhnlich zu Ende gewesen, jedenfalls in höherem Grade beschlußfähig, oder soll man sagen, in geringerem Grade beschlußfähig war, als sonst. Inzwischen, geschäftsordnungsmäßig war der Zweifel Singers an der Beschlußfähigkeit durchaus berechtigt. Jedenfalls hat nun Herr Singer die Genugthuung, daß die Abstimmung erst heute stattfindet, anstatt daß dies schon gestern geschehen wäre, — das ist alles.

Zur Eisenbahntarifreform.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat, wie bereits mitgeteilt, die Bezirkseseisenbahnräthe beauftragt, in die Beratung der Frage der Eisenbahntarifreform einzutreten. Sobald die Bezirkseseisenbahnräthe sich zu der Frage geäußert haben, wird bestimmungsgemäß der Landeseisenbahnrat zu Verhandlungen über die Tarifreform zusammentreten. Bis zur Entscheidung der ganzen Angelegenheit wird nach Ansicht maßgebender Kreise noch eine geraume Zeit verfließen, da die Tarifreform natürlich ihre finanziellen Konsequenzen hat, bezüglich deren verschiedene Instanzen mitzusprechen haben. In dieser Beziehung mag auf den analogen Fall hingewiesen werden, daß der kürzlich erfolgten Herabsetzung der Depeschentarife schwierige Verhandlungen mit dem preussischen Finanzministerium und dem Reichsfinanzamt vorangingen. Zu ähnlichen dürfte auch die Eisenbahntarifreform Veranlassung bieten.

Die Rede des Kaisers auf dem brandenburgischen Provinziallandtage.

hat natürlich in der Presse mannigfache Commentare erfahren, und es hat auf Seiten derjenigen, gegen welche sich die bemerkenswerthe Punkte richteten, an Versuchen nicht gefehlt, die Bedeutung der Kaiserrede abzuschwächen und ihren Sinn zu entstellen. Das wird vergebliches Bemühen bleiben, denn diese Rede ist eben in ihrem Zusammenhange garnicht mißzuverstehen. Der Kaiser will sich nicht zu einer oder der anderen Partei stellen, er steht über den Parteien und ruft alle, die monarchisch gesonnen sind, zu seiner Unterstützung auf. Seit das Socialistengesetz nicht mehr besteht, ist es immer deutlicher geworden, daß der Volksverführung kein Damm gesetzt werden kann, wenn nicht die Politik der Begünstigung Weniger auf Kosten vieler, d. h. die bisherige Wirtschaftspolitik aufgegeben wird. Und das scheint die Forderung des Kaisers an die bisher Bevorzugten, im Einzelinteresse Opfer zu bringen, „für das Ganze zu wirken und zu arbeiten“, anzudeuten.

Merkwürdiger Weise ist das Organ der rheinischen Großindustriellen, die „Rhein. Ztg.“, die erste, welche dem Kaiser den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Sie wagt sich, „in den Jesuitenrock zu schlüpfen“, sie bezeichnet es als die Aufgabe der Monarchie, im Interessenkampf vor allem diejenigen sicherzustellen, „welche für die Wehr- und Lebenskraft der Nation eine besondere Bedeutung haben und durch das verfassungsmäßig gewährleistete Uebergewicht des Unverstandes und der blinden Begehrlichkeit bedroht werden“. Nun, für die Wehr- und Lebenskraft der Nation sind nicht die oberen Zehntausend, sondern die unteren 47 Millionen der arbeitenden Massen von entscheidender Bedeutung, und eine Wirtschaftspolitik, welche diese Massen moralisch und physisch herunterdrückt, nährt gerade den Geist des Unverstandes und der Begehrlichkeit, über den die „Rhein. Ztg.“ klagt. Eine Wirtschaftspolitik, die verschönern will, muß alles beiseite lassen, was den Einzelnen in seiner Ernährung und in seinem Leben den durch Besitz begünstigten Massen tributpflichtig macht. Auf welchem Wege die Regierung dieses Ziel anstrebt, beweisen die Verhandlungen mit Oesterreich, die Vorlegung des Zuckersteuergesetzes, die Aufhebung der Grenzperre für Schmalzweib. Daß diejenigen conservativen Großgrundbesitzer, die durch Getreide-, Vieh-, Holzpreise ihre Rente zu erhöhen bemüht sind, mit dieser Politik eben so wenig einverstanden sind, wie die Großindustriellen, welche die Schutzzölle zur Bildung von Unternehmerringen mißbrauchen, versteht sich von selbst. Aber obgleich sie einen „Ocean von Druckerwärme und Papier“ in Bewegung gesetzt haben, um die Regierung einzuschüchtern, erklärte der Kaiser: „Ich lasse mich dadurch nicht beirren.“ Die Frage ist jetzt nur noch, ob die bisher Begünstigten sich durch die eindringliche Mahnung des Souveräns bestimmen lassen werden, freiwillig der Allgemeinheit Opfer zu bringen, oder ob sie dazu gezwungen werden müssen.

Die freisinnige Partei hat nie Interessenpolitik getrieben; sie kämpft für ihre Ueberzeugung, für das Wohl Aller, sie erkennt keine bevorzugten Interessen an und sie ist überzeugt, daß der Ausgleich der Interessen sich am leichtesten und besten vollzieht, wenn der Staat gleiches Recht für Alle wahren läßt und wenn er sich enthält, in den wirtschaftlichen Kampf mit Zwangsmitteln der Gesetzgebung und der Verwaltung einzugreifen. Die freisinnige Partei ist stets von dem Bestreben befeuert gewesen, der Allgemeinheit zu dienen, und sie wird alle Maßregeln der Regierung in dieser Richtung auf das eifrigste unterstützen, wie sie auf der anderen Seite allen Maßregeln, die sich noch in den Bahnen der alten Wirtschaftspolitik bewegen, den entschlossensten Widerstand entgegensetzt.

Die Auswanderung nach Brasilien.

Wie aus den Berichten des Reichscommissars für das Auswanderungswesen hervorgeht, hat die deutsche Auswanderung nach Brasilien über deutsche Häfen von Jahr zu Jahr zugenommen. 1887 wanderten dorthin 920 Deutsche aus, 1888: 938, 1889: 2286 und 1890 gar 3145. Man wird sich erinnern, daß gerade in den letzten Jahren über eine lebhaft Agitation der Auswanderungsagenten für Brasilien in Pommern geklagt wurde. Es wurde ihnen seitens der Behörde scharf auf die Finger gesehen. Trotzdem ist es ihnen leider gelungen, immer stärkere Schaafe zu Auswanderung nach Brasilien zu veranlassen. Während die Provinz Pommern im Jahre 1888 nur 62 Personen verließ, um nach Brasilien überzusiedeln, waren es 1889 bereits 1229 und 1890 gar 1774. Insgesamt sind im Jahre 1890 3145 Personen aus Deutschland nach Brasilien ausgewandert. Davon entfällt mehr als die Hälfte allein auf die preussische Provinz Pommern.

Oesterreich und der serbische Ministerwechsel.
Das hochofficiöse Wiener „Fremdenblatt“ bespricht das neue serbische Cabinet und bemerkt, der Personenwechsel verdiene größere Aufmerksamkeit nur insoweit, als derselbe in die innere Entwicklung Serbiens eingreife. Wer Serbien regiere, das sei wenig wichtig für Oesterreich-Ungarn, welches nur den Wunsch hege, daß Serbien gut regiert werde, und welches an dem Wohlergehen des serbischen Volkes ein lebhaftes Interesse nehme. Jedenfalls sei zu hoffen, daß die Cabinetsskizze keine Erschütterung in der Fortführung der ruhigen Arbeit des serbischen Volkes bilde. Das Land bedürfe nach den Aufregungen und Veränderungen, welche es durch-

gemacht habe, dringend der Erholung und Ruhe. Inzwischen sind die neuen Minister in Belgrad vereidigt worden und haben bereits die Geschäfte übernommen. Heute findet die Vorstellung des Cabinets in der Skupschina statt; wobei Pasic das Programm der neuen Regierung entwickeln wird.

Zum internationalen Socialistencongreß

wird aus Brüssel gemeldet, daß die Delegirten der belgischen Arbeiter, welche sich zu dem am 31. März stattfindenden internationalen Congreß nach Paris begeben, den Auftrag erhalten haben, die Unterstützung der auswärtigen Grubenarbeiter nachzusuchen, falls in Belgien ein allgemeiner Strike zum Ausbruch kommen sollte. Die Arbeiter sollen keine Unterstützungen fordern, aber verlangen, daß die auswärtigen Grubenarbeiter durch die Drohung, selbst den Strike zu beginnen, die Einfuhr von Kohlen aus dem Auslande nach Belgien verhindern.

Rumänische Wirtschaftspolitik.

Der „Politischen Correspondenz“ wird aus Bukarest gemeldet: Die rumänische Regierung beabsichtigt erst nach dem Inseltretreten des neuen Autonomie-Tarifs im Juli d. J., der nur für einige Artikel Schutzzölle, sonst aber sehr mäßige Zollsätze vorieht und mit dem Princip von Kampfzöllen vollständig bricht, in Verhandlungen über Handelsverträge einzutreten und hierbei hauptsächlich die Stabilisirung der Zollsätze des autonomen Tarifs ins Auge zu fassen. Die ersten desfallsigen Verhandlungen sollen mit Oesterreich-Ungarn stattfinden.

Der Kampf der Rhederföderation und der Gewerksvereine in England.

Aus London wird uns vom 23. Februar berichtet:

Allem Anschein nach rüsten sich sowohl die Rhederföderation wie die Gewerksvereine für einen bevorstehenden ersten Kampf. In Cardiff und London fanden gestern große Arbeiterdemonstrationen statt und von Seiten des Ausschusses der „vereinigten Gewerksvereine“ wurde ein Manifest erlassen, welches die ganze Verantwortung an der gegenwärtigen Lage der Rhederföderation zuzuschreiben versucht. Diese selbst soll, wie jetzt verlautet, durchaus nicht so stark sein, wie in letzter Zeit in der Presse wiederholt hingestellt wurde. Sie verfügt über 6358 Schiffe, welche angeblich zusammen einen Gehalt von 7000 000 Tons repräsentiren. Diese Zahl scheint jedoch stark übertrieben zu sein, da auch auf das Conto solcher Gesellschaften, welche gar keine Schiffe besitzen, wie z. B. die Britannia Dampfer-Vericherungsgesellschaft, die britische Marine- und die Londoner Marine-Vericherungsgesellschaft, ein „wahrscheinlicher“ Tonnengehalt gesetzt worden ist. Dieser „wahrscheinliche“ Tonnengehalt ist indeß ein sehr elastischer Begriff, welcher die Angaben der Rhederföderation über ihre Stärke in einem eigenthümlichen Licht erscheinen läßt. — In Cardiff ist die Lage unverändert. Es gelang der Rhederföderation gestern, vermittelst eines Sonderzuges 130 Seeleute nach Cardiff zu bringen, wo sie an Bord des für ihre Aufnahme eigens hergerichteten Dampfers „Speedwell“ ein Unterkommen fanden. Die Ausständischen hatten zwar Patrouillen ausgestellt, welche die Ankömmlinge erwarten und sie möglichst an der Aufnahme der Arbeit verhindern sollten, richteten jedoch damit nichts aus. Am letzten Sonntabend befanden sich die Namen von 1100 Ausständischen in den Listen des Strike-Ausschusses, von denen jeder aus dem Strikefonds 12 Schillinge, sowie einen weiteren Schilling für Patrouillendienst bei Nacht empfing.

Inzwischen hat sich die Lage verschlimmert; eine uns heute zugehende Meldung besagt darüber:

London, 25. Februar. (Privattelegramm.) Nach der jetzigen Lage der Dinge steht ein allgemeiner Strike sämtlicher Arbeiter der Schiffsindustrie bevor.

Das englische Marinebudget

pro 1891/92 veranschlagt die Ausgaben auf 14 1/4 Millionen Pfd. Sterling. Der erste Lord der Admiralität führt in einem Memorandum aus, daß von den in dem Reorganisationsplane von 1889 vorgesehenen 70 Schiffen vor dem Jahre 1894 69 fertiggestellt sein sollen. Der Vorschlag der Baukosten werde in Folge der Erhöhung der Materialpreise überschritten werden.

Die Krisis in der irischen Partei

zieht immer weitere Kreise, und auch die Geistlichkeit hat sich jetzt entschieden gegen Parnell ausgesprochen. In allen römisch-katholischen Kirchen der Diocese Clonne gelangte am Sonntag nach dem Gottesdienste ein langer Hirtenbrief des Bischofs Mc. Carthy über die Frage, wer die irische Partei in Zukunft führen solle, durch die amtierenden Priester zur Verlesung. Zum Schluss heißt es in demselben: „Ergreift praktische Maßregeln zur Ausführung Eures festen und unwandelbaren Entschlusses, Parnells Führerschaft zurückzuweisen, und stellt Euch unter die Führung Justin Mc. Carthys und der Mehrheit der irischen Partei. Befolgt auch die Vorschläge, welche dieselben zum Zwecke der Wiederorganisation der Liga in Euren verschiedenen Districten an Euch richten werden.“

Die Folgen der Schlacht bei Tokar.

Der Sieg der kleinen Schaar ägyptischer, von britischen Offizieren angeführter Truppen über die ihnen an Zahl weit überlegenen Derwische bei Tokar ist in England sehr beifällig aufgenommen worden. Die Presse erblickt in der Wieder-

befehung von Tökar den ersten erfolgreichen Schritt zur Wiederherstellung des Friedens in den östlichen Subanprovinzen seit Ausbruch des Aufstandes im Jahre 1883. Inmitten einer fruchtbaren, über 30 Quadratmeilen großen Gasse gelegen, deren fruchtbarer Boden alljährlich reiche Getreide-Ernten hervorbringt, erscheint Tökar gegenwärtig als der günstigste Punkt, von welchem aus die Verkehrsstraßen des oberen Sudan wieder dem Handel erschlossen werden können. Sämtliche bedeutenden Stämme des Südens stehen mit Tökar in Verbindung, Stämme, welche, so lange die Macht Ägyptens noch nicht erschüttert war, dem Aethiope einen jährlichen Tribut von nahezu 100 000 Lfr. zahlten. Unter diesen Stämmen ist der Beni Amer der größte und zahlreichste. Derselben, ein friedliches Hirtenvolk, im Besitz zahlreicher Heerden, blieben während der verschiedensten Phasen des Aufstandes neutral und leisteten der ägyptischen Regierung als Friedensvermittler bei den feindlichen Habanduas und den unverlässlichen Bisharins sehr wichtige Dienste. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für Tökar als Sitz einer neuen ägyptischen Verwaltung ist der Umstand, daß der Häuptling der Beni Amer häufig seinen Aufenthalt in dem Thale des Bark-Flusses nimmt, welcher nicht weit von der Stadt die Ebene durchfließt. Auch die Einschleppung einer wohlgeordneten Garnison unter der Leitung englischer Offiziere in Tökar wird ihren Theil zur Beruhigung der verschiedenen Stämme beitragen. Es herrscht außerdem die Absicht, einige bei den Stämmen in hohem Ansehen stehende islamitische Priester, wie z. B. den als heiligen verehrten Scheich el Mordhanis, zu veranlassen, ihren Wohnsitz in Tökar aufzuschlagen, von wo aus sich ihr Einfluß rasch auf die Umgebung verbreiten würde.

Welche Schritte man übrigens auch ergreifen mag, so ist die endliche Wiederherstellung des Friedens und der Ordnung in den östlichen Provinzen jetzt nur noch eine Frage der Zeit. Bedauerlich bleibt es jedoch, daß Tökar nicht schon vor sechs Jahren besetzt wurde, als ein englisches Corps unter seinen Mauern stand. Wie viel Blutergießen und Opfer an Menschen und Geld wären nicht dadurch erspart worden!

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 24. Februar.

Die zweite Beratung des Einkommensteuergesetzes wird fortgesetzt, und zwar in der Debatte über die §§ 84 und 85 und die dazu gestellten Änderungen, sowie über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung der lex Suene (Verwendung von 20 Mill. Mk. für Volksschulbauten).

Neu eingegangen ist hierzu ein Antrag Richter-v. Zedlitz, wonach für 1890/91 die aus der lex Suene überlassenen Beträge zu einem Drittel, für das folgende Jahr zu einem Viertel zur Unterstützung der Gemeinden bei Volksschulbauten bestimmt werden sollen, soweit die Communalverbände von dieser Verpflichtung nicht durch die Minister des Innern und des Unterrichts entbunden sind.

Abg. Enneccerus (nat.-lib.) zieht den zweiten Theil seines Antrages zurück, welcher die Nichtregulierung der Ueberweisungsfrage an die Gemeinden die Ueberwälzung der Einkommensteuer nach Maßgabe der Grund- und Gebäudesteuer vorsehen will.

Abg. v. Zedlitz (freiconf.) zieht den freiconservativen Antrag (Balan) zu Gunsten des nummernreichen Antrages Enneccerus zurück. Redner empfiehlt sodann den von ihm und dem Abg. Richter gestellten Antrag. Was den Antrag Richter bezüglich der Quotisierung anlangt, so glaube ich nicht, daß die Regierung denselben wird annehmen können. Ich theile die Ansicht der Grafen Einburg-Stirum und Kanitz, daß die Quotisierung allerdings eine wesentliche Verschärfung der Machtverhältnisse zwischen den beiden Faktoren, Regierung und Parlament, zur Folge haben würde. Und da meine ich, im gegenwärtigen Augenblick liegt kein Anlaß vor, diese Frage zu regeln, in einer Zeit, wo alle staatsrechtlichen Kräfte zusammenhalten müssen. Bei der späteren Durchführung der Steuerreform bin ich gern bereit, die Frage der Quotisierung nach ihrer constitutionellen und finanziellen Seite hin regeln zu helfen.

Minister Miquel: Ich kann nur an meiner Ansicht festhalten, daß es richtig ist, sämtliche Anträge abzulehnen, so weit sie von der Regierungsvorlage abweichen, und nur eventuell die Commissionsanträge annehmen. Von verschiedenen Seiten, namentlich vom Abg. Richter, ist das ganze Programm der Regierung als unklar bezeichnet worden. Diese Behauptung ist nur dadurch begründet, daß nicht schon jetzt alle Modalitäten des zweiten Schritts der Reform, der Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer in Verbindung mit einem Communalsteuergesetz, vorgelegt sind. Wenn schon diese Vorlage so große Schwierigkeiten macht und so viele Gegner auf den verschiedensten Gebieten findet, so wäre der Versuch, den ersten Schritt der Reform mit dem zweiten zu verbinden, gleichbedeutend mit einem unbedingten Scheitern der ganzen Reform gewesen. Wo liegt denn die Unklarheit? Wir wollen eine gerechte Heranziehung des Einkommens bei allen Steuerpflichtigen, wie wir sie bisher nicht hatten. Wir wollen eine Erleichterung der unteren Stufen durch dieses Gesetz und durch die Reform der Gewerbesteuer. Wir werden durch die gegenwärtige Reform die Mittel zu dem zweiten Schritt erlangen, zur Befreiung der Doppelbesteuerung, die keiner mehr zu verteidigen mag. Die Ueberlastung des Grundbesitzes wird gerade durch diese Vorlage aufs Äußerste verschärft, denn so lange die Einkommen aus Grundbesitz mangelhaft veranlagt waren, trat dieser Druck der Doppelbesteuerung des Bruttoeinkommens ohne Abzug der Schulden aus Grund und Boden neben der vollen Besteuerung des ganzen Reineinkommens nicht so scharf hervor, wie das in Zukunft der Fall sein wird. Darum ist auch keineswegs die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer lediglich als ein Schlepper dieses Gesetzes zu betrachten, sondern sie steht in unerlässlichem Zusammenhang damit. Wir gehen aber noch einen Schritt weiter und ziehen aus der Reform der Staatssteuern die Consequenz auf die Reform der Communalsteuern. Gerade Hr. Richter hat ja früher immer in seiner Presse mir den Vorwurf gemacht, daß mein Streben, die Staatssteuer zu reformieren, nur die Nebenbedingung treffe, daß die Hauptbedingung die Reform der Communalsteuer sei. Die Voraussetzung einer solchen Reform der Communalsteuer ist aber eben die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer. Auch zu einer richtigen Regelung der verschiedenen Besteuerung von fundirtem und unfundirtem Einkommen, die Herr Brömel verlangt, werden wir ohne Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer nicht gelangen können.

Welches Programm hat nun die freisinnige Partei diesem Regierungsprogramm gegenübergestellt? Haben Sie irgend eine Idee von dem Programm der Herren von der linken Seite? Der Abg. Richter erklärte in der Commission, er stimme gegen das Gesetz lediglich wegen des Mangels der Quotisierung. Er sei ein entschiedener Freund der Declaration und im übrigen mit dem Gesetz einverstanden. Der Abg. Richter hielt gestern eine Philippika gegen die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer und bezeichnete die, erbe als ein rein agrarisches Programm. Noch heftiger wendet er sich dagegen, daß diese Vorlage das Wahlrecht verändere, und man kann daher wohl befürchten, daß, wenn die Regierung auch die Quotisierung aufnähme, noch andere Gründe vorhanden wären, das Gesetz nicht anzunehmen. Ich kann also nicht sehen, welchen Rath die Herren uns erteilen. Sie sind ja unter einander im Widerspruch, und von einem positiven Gegenprogramm habe ich nichts gehört. Ich kann

aus dem Verhalten der freisinnigen Partei also keine Lehre ziehen, höchstens die, daß die Regierungsvorlage das Richtige getroffen hat. (Sehr richtig, rechts.) Herr Weber meinte neulich, die §§ 84 und 85 seien eigentlich nicht nöthig. Allerdings könnten wir auch ohne diese Bestimmungen eine Reform der Einkommensteuer vornehmen und dann doch thun, was in diesen Paragraphen steht. Wir scheitern aber, es ist doch werthvoller, daß die Regierung von vornherein erklärt, keine Mehrerträge zu wollen, und solche, wenn sie sich ergeben, zur weiteren Steuerreform verwenden zu wollen. Auch daß die Zweckverwendung lediglich die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer sein soll, ist wichtig, schon heute zu erklären. Es sitzen neben dem Abg. Weber mehrere Abgeordnete, die schon mißtrauisch geworden sind, ob es wirklich zur Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer kommen wird. Die Regierung giebt jede Beruhigung für ihre Absichten, die sie nur geben kann. Die Herren von der Rechten wollen nun lediglich § 84, nicht aber § 85. Auch dem kann ich nicht beistimmen. Wenn wir bis 1895 nicht zu einem weiteren Schritte in der Reform kommen, kann das Geld doch nicht auf ewige Zeiten theilhaftig werden. Das besagt § 85. Die Herren fürchten nun, wenn § 85 auf § 84 folgt, würde § 84 keine Realisirung finden. § 84 verstärkt aber wesentlich die Sicherheit des Insultentretens des § 84. (Sehr richtig.) Wenn wir bis 1894 die Mehrerträge von etwa 30 Millionen aufgehäuft haben werden, hätten wir keine andere Verwendung als zur Durchführung unseres Steuerprogramms; wir könnten nichts ausgeben zur Schuldenentlastung, zu allgemeinen Staatszwecken. Alsdann würde dem Abgeordnetenhaus die Frage vorgelegt werden, sollen diese Gelder zur Befreiung der bestehenden Doppelbesteuerung, zur Umwandlung der Grund- und Gebäudesteuer in eine Communalsteuer, als Grundlage einer weiteren Reform der Communalsteuern dienen, oder sollen diejenigen Klassen, die in der Einkommensteuer nur vom Reineinkommen zahlen, durch Reduktion der Güte entlastet werden? Das Abgeordnetenhaus würde das erste bejahen.

Herr Richter hat seine Zustimmung abhängig gemacht von der Quotisierung. Seit 1867 kann ich mich nicht erinnern, daß diese Bedingung an irgend ein Steuergesetz geknüpft worden ist, auch nicht 1873. Niemals ist ein ernstlicher Anlauf zur Erzwingung der Quotisierung bei einer allseitig als nothwendig anerkannten Steuerreform gemacht worden. Herr Richter hat letzteres zugegeben. Es handelt sich ferner nicht um ein neues Gesetz, sondern nur um eine verbesserte Veranlagung eines bestehenden Gesetzes. Mehrerträge sollen wieder zur Entlastung der Steuerpflichtigen verwendet werden. Es ist also bei keinem Gesetz weniger Veranlassung, von einer Bedingung der Quotisierung die Zustimmung abhängig zu machen. Man mag über die Quotisierung an sich denken, wie man will; zweifellos ist, daß es nicht angebracht ist, diese Frage hier in den Vordergrund zu schieben, die, wenn sie überhaupt geregelt werden kann, nur durch ein freies Entgegenkommen der Krone zu regeln möglich ist. Die Einkommensteuer wird in Zukunft, nach Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer, einen ganz anderen Charakter annehmen, da der Staat dann auf sie als die einzige directe Steuer angewiesen sein wird. Herr Richter hat mehrfach davon gesprochen, daß das ganze Steuerreformproject einen agrarischen Charakter habe. Das Wort würde mich nicht freudigen. Wenn die Grundbesitzer gerechte Beschwerden haben, muß diesen Beschwerden ebenso gut abgeholfen werden, als denen anderer Klassen. (Beifall rechts.) Aber wer hat denn am allerentschiedensten die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer verlangt? Die sämtlichen preussischen Städte, an der Spitze die Stadt Berlin, haben von einer Ueberweisung am meisten Gewinn. (Sehr richtig.) Es heißt doch gewiß auch mehr, eine wachsende Gebäudesteuer überweisen, als eine fixirte Grundsteuer; also von einem agrarischen Programm, einer einseitigen Begünstigung der Landbevölkerung kann keine Rede sein. (Beifall rechts.) Die Frage, ob das Kataster aufrecht zu erhalten sei und vom Staate fortgeführt werden würde, kann ich von meinem subjectiven Standpunkte bejahen. Ich meine nicht, daß die Grundsteuer auch als Communalsteuer später aufzuheben sei, denn alle Gründe gegen die Grund- und Gebäudesteuer als Staatssteuer sprechen für dieselbe als Communalsteuer. Gewiß haben nicht alle Communalverwaltungen den Charakter der Bodenmelioration, aber doch sehr viele; die Grundbesitzer haben noch den Vortheil der Werthsteigerung, mag der Grund verschuldet sein oder nicht. Die Ungleichheiten in der Veranlagung der Grundsteuer gleichen sich in einer Commune auch mehr aus, als in einem Staat. Hr. Richter will die Ueberweisung auch der Gewerbesteuer sofort garantirt haben. Wenn diese Steuer heute als Staatssteuer neu reformirt wird, sie später zum Zweck der Ueberweisung nochmals reformirt würde, könnte es zweckmäßig sein, an die Ueberweisung zu denken. Wenn wir uns aber heute fragen müssen, ist zunächst die Grundsteuer oder die Gewerbesteuer zu überweisen, so können wir uns nur für das erstere entscheiden. Bei der Grundsteuer werden 4-5 Proc. vorgeschlagen, bei der Gewerbesteuer nur 1 Proc. in maximo. Die Grundsteuer ist fixirt und fest veranlagt, die Gewerbesteuer kann die veränderten Verhältnisse in jedem Jahre berücksichtigen. Ob wir später die ganze Grund- und Gebäudesteuer werden überweisen können, oder nur einen Theil, kann ich im Moment nicht sagen. Ob wir auch die Gewerbesteuer werden überweisen können, ist noch ebenso zweifelhaft. Ich habe mich gegen alle Anträge gewendet, die ihrer Natur nach ein Definitivum enthalten. Die Schwierigkeiten einer Correctur der bestehenden Zweckbestimmungen der lex Suene sind so eclatant hervorgetreten, daß es unmöglich wohlgethan sein kann, eine Steuerreform einzuleiten, die diese Schwierigkeiten durch neue Anwendungen noch erhöht. Wenn die Ueberweisungen noch größer werden, werden die Kreise noch weniger an ein Aufgeben derselben denken wollen. Die Herren Richter und Windthorst haben gemeint, die Stimmung gegen das Gesetz wachse im Lande. Ich glaube wohl, daß in den Kreisen derjenigen, welche das Gefühl haben, nach dem bisherigen Gesetz zu wenig gezahlt zu haben, welche also die lebhafteste Befürchtung haben, daß sie in Zukunft das ihnen gesetzlich Obliegende werden zahlen müssen, daß die Mißstimmung dieser Kreise wächst, je näher der Zeitpunkt kommt. (Beifall.) Ich kenne aber auch hervorragende Personen, welche die Gerechtigkeit einer Steuerreform anerkennen und mich mündlich wie schriftlich ermutigen, auf diesem Wege fortzugehen. Es schämen eben noch Viele die Gerechtigkeit höher, als ihren Privatvortheil. Die heutigen Zustände der Einkommensteuer können nicht bleiben. Das Gerechtigkeitsgefühl im Volke, auch die Selbstverwaltung wird gefährdet; es ist eine Art Corruption, nicht im subjectiven, sondern im objectiven Sinne vorhanden, und deshalb muß die Steuerreform zu Stande kommen. Wenn uns ein anderes positives Programm entgegengekehrt würde, und wenn dann das Abgeordnetenhaus sich darüber einigte, wäre doch wenigstens noch eine Aussicht zu einer Reform gegeben. Da aber ein solches mangelt, würde das Scheitern dieses Gesetzes das Scheitern der Reform auf unabsehbare Zeit sein. Aus einem solchen Scheitern würde aber eine sehr viel größere Mißstimmung, ein sehr viel größerer socialer Schaden hervorgehen, als wenn Sie eine einzelne Bestimmung acceptiren, die Ihnen nicht recht paßt. (Beifall.) Eine große Reformgesetzgebung ist ohne ein Entgegenkommen, ohne gegenseitige Compromisse nicht möglich. (Beifall.)

Abg. Graf Kanitz (conf.): Nach der Erklärung des Finanzministers über die Quotisierung wird der Abg. Richter wohl seinen Antrag zurückziehen. Die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer ist keine agrarische Maßregel. Redner wendet sich dann nochmals gegen die Quotisierung. Die Herren Freisinnigen, welche immer von der Verbilligung der Lebensmittel reden, sollten für die Befreiung der Grundsteuer als Staatssteuer sein, welche die Landwirthschaft erheblich belastet.

Abg. Sattler (nat.-lib.): Der Antrag Richter-von

Zedlitz will die Kreise zwingen, Schulbaufonds zu schaffen; aber er beachtet das Bedürfnis nicht, welches vorhanden ist.

Abg. Fegter (nat.-lib.): Wir müssen einen Antrag annehmen, welcher die Ueberweisung der Grund- und Gebäudesteuer unter allen Umständen sichert. Das ist der Antrag v. Bismarck, dem ich und einige meiner Freunde zustimmen werden.

Abg. Wessell (freiconf.) bleibt bei der im Hause herrschenden großen Unruhe auf der Tribüne unverändert.

Die Debatte wird geschlossen.

Abg. Richter (persönlich): Der Schluß der Debatte macht es mir unmöglich, dem Finanzminister zu antworten. Ich muß mich auf eine Bemerkung beschränken. Die Darstellung des Ministers bezüglich meiner persönlichen Stellung zu der Vorlage entspricht nicht den tatsächlichen Vorgängen. Ich habe die Quotisierung der ganzen Einkommensteuer nicht zur Bedingung meiner Zustimmung zum Gesetz gemacht. Ich habe mich genau so verhalten, wie 1873 und 1874 gegenüber der Camphausen'schen Vorlage. Erst als Minister Camphausen zustimmte, daß die Klassensteuer contingentirte würde, also kein höherer Betrag für die Staatskassen in Anspruch genommen würde, hat die damalige nationalliberale Partei für das Gesetz gestimmt. Würde Hr. Miquel sich heute so verhalten wie damals Hr. Camphausen, würde ich für das Gesetz stimmen. Ich will das bei der dritten Sitzung nachweisen.

In der Abstimmung werden sämtliche Abänderungsanträge in den §§ 84 und 85 abgelehnt, der Antrag Richter auf Einführung der Quotisierung gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Theils des Centrums, und die Paragraphen in der Fassung der Commission gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Conservativen und einiger Freiconservativen angenommen.

Zum Volksschulbaugesetz wird der Antrag Richter-Zedlitz gegen die Freisinnigen, einen Theil der Nationalliberalen und der Freiconservativen und darauf das Gesetz selbst, sowohl in der Commissions- wie in der Regierungsfassung, mit großer Majorität abgelehnt.

Hierauf verlag das Haus die weitere Beratung der Einkommensteuervorlage auf Mittwoch.

Deutschland.

* Berlin, 24. Februar. Zum Aufenthalt der Kaiserin Friedrich in Paris wird heute telegraphisch gemeldet: Die Kaiserin Friedrich besuchte heute das Gouvernament in der Rue Nollet und besichtigte sodann mehrere Ateliers. Dem Diner, welches die Kaiserin in der deutschen Botschaft einnahm, wohnten der italienische Botschafter Graf Menabrea und der türkische Botschafter Esad Pascha bei; an dasselbe schloß sich eine musikalische Coirée an. Die Prinzessin Margarethe machte heute in Begleitung des Grafen Münster, der Gräfin Perponder und des Grafen Arco einen Spaziergang im Bois de Boulogne und besuchte das Invaliden-Hotel und das Grab Napoleons des Ersten.

L. Berlin, 24. Februar. Die Arankenassen-Commission erörterte heute eingehend den Antrag der Subcommission zu § 58. In der ersten Lesung war nach der Regierungsvorlage das Verwaltungsverfahren allgemein an Stelle des ordentlichen Rechtsweges vorgeschrieben worden. Nach dem Antrage der Subcommission soll für die Unterstützungs- und Erhaltungsprüfung aus dem Gesetz die seither zulässige Berufung auf den Rechtsweg beibehalten, jedoch der Landesgesetzgebung freigestellt werden, hierfür das Verwaltungsverfahren zu wählen. Der Antrag wird als Compromißantrag von den Abgg. GutsMuth und Spahn befürwortet, von den Regierungsvertretern und den Abgg. Schier und v. d. Schulenburg bekämpft und schließlich gegen die Stimmen der Conservativen und Nationalliberalen angenommen. Darauf werden in rascher Folge die weiteren Paragraphen bis § 74 mit nur unerheblichen Abänderungen angenommen.

* [Kaiserreise.] Der „Hannov. Courier“ erklärt, aus bester Quelle bestätigt zu können, daß der Kaiser demnächst nach Elsfeld-Lothringen gehen werde; die Reise habe nur den Zweck einer Befichtigung des vom Kaiser angekauften Schlosses Urville.

* [Der aufsichtsführende Amtsrichter.] Die Commission des Abgeordnetenhauses, welcher der aus den Beratungen des Herrenhauses hervorgegangene Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung der Amtsbefugnisse des aufsichtsführenden Richters an den mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichten, zur Vorberatung überwiesen worden war, hat bereits in ihrer ersten Sitzung den gedachten Gesetzentwurf mit 8 gegen 5 Stimmen abgelehnt. In der gestrigen zweiten Sitzung sind auch die gestellten Abänderungsanträge, welche im wesentlichen die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, nämlich die Ausdehnung der Aufsicht des aufsichtsführenden Richters an den mit mehr als neun Richtern besetzten Amtsgerichten auf die richterlichen Beamten derselben bezweckten, mit 8 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden.

* [Die männlichen Beamten des Berliner Fernsprechtznetzes] müssen nun völlig ihren Colleginnen den Platz räumen. Sämtliche Telephonbeamte Berlins ausschließlich der jetzigen Aufsichtsbeamten, sowie 110 der ältesten Angestellten, welche als „Referent-Aufsichtsbeamte“ bleiben, sind angewiesen, sich im „Telegraphen- und Postwesen“ auszubilden, und werden dieselben zum Januar 1892 zum Assistenten-Examen in diesen Fächern zugelassen, um dann in einem derartigen Dienste angestellt zu werden. Vom 1. Januar nächsten Jahres ab werden dann auf den Telephon-Ämtern nur noch weibliche Angestellte beschäftigt; im verfloßenen Monat sind schon 46 Fernsprechebeamte als Postassistenten eingestellt worden.

* [Die Nachwahl in Sonneberg] findet bereits am nächsten Sonntagabend statt. Die Nationalliberalen proclamiren nunmehr allgemeines Eintreten für den freisinnigen Candidaten. Wenn dieser Parole nicht allgemein Folge gegeben wird, wird der Wahlkreis wahrscheinlich an die Socialdemokraten verloren gehen.

* [In der Gewerfabrik zu Erfurt] hat, wie der „Freif. Ztg.“ von dort geschrieben wird, in letzter Zeit gleichfalls eine größere Anzahl von Arbeitern die Kündigung erhalten. 700 Arbeiter sind schon entlassen und die Zahl der Arbeiter soll bis zum April d. J. auf 300 Mann reducirt werden.

Hamburg, 24. Febr. Der Verband deutscher Zimmerleute (Domicil und Lokalverband Hamburg) beschloß einstimmig, für die streikenden Eigarren-Arbeiter und Sortirer 5000 Mk. zu Unterstützungen auszugeben. Im Laufe der letzten Woche sollen dem „Hamb. Correspond.“ zufolge sämtliche Hamburger Fachvereine zu dem gleichen Zweck zusammen 100 000 Mk. aufgebracht haben. Essen a. d. R., 24. Febr. Der „Rhein.-Westf. Ztg.“ zufolge theilte in der heutigen Sitzung des Vorstandes des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund der

Vorsitzende Geh. Finanzrath Jendke das Ergebniss seines Vortrages beim Handelsminister v. Bismarck am 20. d. betreffend das Rundschreiben des Ministers an die Handelskammer über die Erhebungen betreffend der Kohlennoth mit. Geh. Finanzrath Jendke berichtete, der Minister habe ihm erwidert, daß er die in dem Rundschreiben angeführten Aufschreibungen nicht zu den seinen gemacht habe und daß der Wortlaut desselben zu einer solchen Auslegung keine Veranlassung gebe. Wenn ihm von durchaus glaubwürdigen Stellen substantiirte Beschwerden vorgelegt würden, die auf das Vorhandensein von Mißständen schließen ließen, wie sie in dem Rundschreiben erwähnt seien, so sei es seine Pflicht, diese nicht zu ignoriren. Bei der Bedeutung der Steinkohlen für die ganze Industrie müsse ihm auch im Interesse der Gruben daran liegen, festzustellen, ob die erhobenen Beschwerden gerechtfertigt seien. Er habe nicht entfernt die Absicht gehabt, gegen die Bergwerks-Industrie und deren geschäftliches Gedeihen allgemein einen Verdacht auszusprechen, und bedauere, wenn in falscher Auffassung des Wortlauts jenes Rundschreibens ein gegentheiliger Eindruck in den beteiligten Kreisen entstanden sei. Das Resultat der veranlaßten Erhebungen seiner Zeit dem Vorstande des bergbaulichen Vereins bekannt zu geben, werde er keinen Anstand nehmen. — Der Vorsitzende erklärte, daß er von Sr. Excellenz dem Minister die Erlaubnis erbeten und erhalten habe, von der stattgehabten Unterredung dem Vorstande Mittheilung zu machen. Der Vorstand nahm von dieser Stellung Kenntnis und erachtete mittels einstimmigen Beschlusses die Angelegenheit als für ihn in befriedigender Weise erledigt.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 24. Februar. Das Befinden des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe hat sich so weit gebessert, daß derselbe heute das Bett verlassen konnte. (W. I.)

Wien, 24. Febr. Der Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich-Este machte gestern dem Minister des Auswärtigen, Grafen Kalnoky, einen einstündigen Besuch. (W. I.)

Frankreich.

Paris, 24. Februar. Die Zollcommission beschloß heute mit den von der Regierung gewünschten Abänderungen mehrerer Zollsätze, setzte nur die Zölle auf Fleischextrakte und Zute herab und befreite Zafertstoffe, Cocons und Sportwaare von jeder Steuer. Die Zölle auf trockene Trauben wurden auf 30 resp. 20 Frcs. festgesetzt und diejenigen auf gehobenes Holz auf 4 resp. 3 Frcs. ermäßigt. (W. I.)

England.

London, 24. Febr. Der Ministerrath hat die Einschleppung einer königlichen Commission zur Untersuchung des Verhältnisses zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern beschlossen. (W. I.)

Italien.

Rom, 24. Februar. Der „Agenzia Stefani“ wird aus Massaua gemeldet: Eine Bande von 600 Mann unternahm einen Raubzug über die Grenze, wurde aber von dem Capitän Pinetti mit eingeborenen Truppen zurückgeschlagen. Der feindliche Verlust wird auf 200 Tödt, darunter 3 Anführer, sowie viele Verwundete und Gefangene angegeben. (W. I.)

Türkei.

Konstantinopel, 24. Februar. Die Prinzessin Victoria von Preußen und deren Gemahl der Prinz Adolf zu Schaumburg-Clippe sind heute Morgen hier eingetroffen. (W. I.)

China.

Peking, 22. Februar. Die wegen der Audienzfrage der Gesandten schwebenden Unterhandlungen haben nunmehr einen befriedigenden Abschluß gefunden. (W. I.)

Jahresversammlung des deutschen nautischen Vereins.

Berlin, 24. Februar. Am heutigen zweiten Sitzungstage wurde zunächst über Strafenrecht auf See verhandelt. Der Regierungs-Vertreter Geh. Regierungsrath Donner wies auf die Lage der internationalen Verhandlungen über diesen Gegenstand hin. Es sind die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz von Seiten Englands einer Sachverständigen-Commission zur Begutachtung zugestellt. Falls diese Commission die gestellten Beschlüsse etwa ändern sollte, so würde damit das Zustandekommen der ganzen Gesetzgebung in Frage gestellt. Für diesen Fall hat sich die deutsche Reichsregierung neue Vorläufe vorbehalten. Dieselben liegen in Form eines Gesetzentwurfes vor, welcher den Anwesenden dargeboten wurde. Infolge dessen sah die Versammlung von einer weiteren Beratung des Gegenstandes ab. Es folgte ein Sonder-Ausschuß, bestehend aus Wessels (Bremen), Meyer (Hamburg), Heidmann (Cübeck), Langerhans (Stettin) und Sartori (Riel) den nächsten Vereinstage Bericht erstatten. — Bei dem folgenden Gegenstande, betreffend internationale Maßregeln zur Ermittlung des schuldigen Theils im Falle von Schiffs-Collisionen, wurde dem vom Danziger nautischen Verein gestellten Antrage gemäß beschlossen: Der Schiffer, bez. der Steuermann in dessen Vertretung, ist bei Strafe verpflichtet, nach einer stattgehabten Collision dieses im ersten Hafen, wo das Schiff eintrifft, der zuständigen Behörde anzuzeigen. Diese Anzeigepflicht soll sich auch auf den Steuermann erstrecken und bei Unterlassung event. auch Gefängnisstrafe zur Folge haben können.

Von besonderer Bedeutung ist die Behandlung des britischen Gesetzes über die Tiefseefische. Das Gesetz ist am 6. December v. J. eingeführt; durch dasselbe soll ein Ueberleben der Handelsflotte verhindert werden; es soll auf britische Schiffe sowohl als auch auf fremde Schiffe Anwendung finden, auf letztere inbeffen nur, insofern in den Heimathländern kein ähnliches Gesetz besteht. — Der Referent Assacateur Ahlers (Verein Hamburger Rheder) schlug in einer eingehend begründeten Resolution vor, die Reichsregierung zu ersuchen, gegen die Anwendung der neuen englischen loud line Gesetzgebung auf deutsche Schiffe alle ihr zweckdienlich erscheinenden Schritte im Interesse der deutschen Rheder zu thun. Der Correspondent Capitän Landerer-Hamburg beantragt namens des „Vereins deutscher Seeschiffer zu Hamburg“ zu beschließen, die Einführung eines Tiefseefisch-Gesetzes auch für Deutschland zu veranlassen. — Der Vertreter des Reichsamts des Innern, Regierungsrath v. Jonquiere äußerte sich über die Stellungnahme der Reichsregierung. Bei der überaus dunklen Fassung des fraglichen Gesetzes fühlte sich die Reichsregierung zu einer zunächst abwartenden Haltung veranlaßt. Eine an die englische Regierung seitens der deutschen gerichtete Anfrage über die Handhabung des Gesetzes auf deutsche Schiffe sei bis jetzt noch nicht beantwortet. Er sei der Meinung, daß die gehegten Befürchtungen nicht so arg sein dürften. — Nach eingehender Debatte, an welcher auch der Vertreter Danzigs, Capitän Lamm, sich theilnahmte, wurde mit allen gegen 5 Stimmen beschlossen: „In der Ueberzeugung, daß die Reichsregierung die Interessen der deutschen Seeschiffahrt, insofern dieselben durch das britische Tiefseefischgesetz von 1890 beeinträchtigt werden sollten, nach allen Richtungen hin wahrnimmt, über alle vorliegenden Anträge zur Tagesordnung überzugehen.“

ine Person, welche d. e. einfach. Mittel v. 23jähr.
ubheit u. Ohrengeräuschen geheilt wurde, ist bereit,
eschreib. desselb. in deutsch. Sprache all. Ansuch.

Beilage zu Nr. 18771 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 25. Februar 1891.

Reichstag.

73. Sitzung vom 24. Februar.

Die 2. Beratung des Arbeiterschutzgesetzes wird fortgesetzt.

§ 116 besagt, daß Arbeiter, deren Forderungen in einer den Vorschriften über das Verbot des Trunksystems (§ 115) zuwiderlaufenden Weise berichtigt worden sind, zu jeder Zeit Zahlung nach Maßgabe dieser Vorschriften verlangen können. Das an Zahlungsstatt Gegebene soll derjenigen Hilfskasse zufallen, welcher der Arbeiter angehört, in Ermangelung einer solchen einer anderen, zum Besten der Arbeiter bestehenden Kasse, bezw. der Ortsarmenkasse.

Der Paragraph wird angenommen, nachdem ein Antrag Hirsch (statt „Hilfskasse“ zu sagen „Armenkassen“) abgelehnt ist.

Nach § 117 sind dem § 115 zuwiderlaufende Verträge nichtig. Dasselbe gilt von Verabredungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern über die Entnahme der Beiträge der letzteren aus bestimmten Verkaufsstellen, sowie überhaupt die Verwendung des Verdienstes derselben zu anderen Zwecken, als zur Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien. — Die Abgg. Auer u. Gen. (Soc.) beantragen, den Schluß des zweiten Satzes des § 117 von den Worten „sowie überhaupt“ an zu streichen und dafür folgenden Zusatz anzunehmen: „Zur Leistung von Beiträgen für die Beteiligung an Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter und ihrer Familien dürfen die Arbeiter nicht angehalten werden.“

Abg. Bebel: Unser Antrag will die freie Verfügung des Arbeiters über seinen Lohn sichern. Das Heranziehen der Arbeiter zu sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen ist nur Zwang und Bevormundung. Solche Einrichtungen sind meist nur dazu bestimmt, den Arbeiter an die Fabrik zu fesseln, und sind für die Unternehmer ein gutes Geschäft. Das zeigen die Zwangsparkassen, die den aus der Arbeit entlassenen Arbeitern die Beiträge nicht zurückzahlen; das zeigen die Arbeiterhäuser, wo die Arbeiter, weil sie jeden Augenblick bei Kündigung ihrer Arbeiter auf die Straße geworfen werden können, dem Unternehmer gegenüber vollkommen willenlos sind. Dieses Mittel ist bei den letzten Strikes auch von dem Freiherrn v. Stumm und bei den Wahlen von Krupp und auch von der königl. Bergwerksverwaltung in Saarbrücken angewandt worden, um die Arbeiter ihrer politischen Rechte zu berauben.

Geh. Rath Königs: Der Antrag würde die schon bestehenden Bestimmungen gegen das Trunksystem nur abschwächen, indem er die Bestimmung über die Nichtigkeit der Verträge zwischen Arbeitgeber und Arbeiter freizieht. Der positive Teil des Antrags beschränkt aber die Vertragsfreiheit des Arbeiters. Einige Mißbräuche, die bei Wohlfahrts-einrichtungen vorgekommen sein mögen, können solche Beschränkung nicht rechtfertigen.

Abg. Müller (n.-l.) widerspricht den Ausführungen Bebels über die Wohlfahrts-einrichtungen. In den meisten Fällen sind es wirklich Einrichtungen zum Wohle der Arbeiter. Man kann es den Arbeitgebern nicht verdenken, daß sie die Arbeiterhäuser nur für ihre eigenen Arbeiter bauen.

Abg. Bebel: Herr Königs meint, es könnten wohl

einige Mißbräuche bei den Wohlfahrts-einrichtungen vorkommen. Aber was ich sagte, gilt von ganz Deutschland allgemein, und in den Worten des Abg. Müller, daß es selbstverständlich wäre, daß der Arbeitgeber zuerst Wohnungen für seine Arbeiter baut, liegt es implizite, daß er ausscheiden muß, wenn er aus der Arbeit entlassen wird. Herr Müller vertritt also das alte, Jahrhunderte hindurch bekämpfte Feudalsystem der Vorfahren der Herren auf der rechten Seite. Was jene Herren ihren Leibeigenen und Hörigen gegenüber waren, das wollen Sie den Arbeitern gegenüber sein. Sie wollen den Arbeitgeber als den wohlwollenden Vater und Vormund des Arbeiters hinstellen und den Arbeiter als einen Mann, der nicht weiß, was ihm gut thut, und der also zum Guten gezwungen werden muß.

Minister v. Berlepsch erklärt die Behauptung Bebels über die Verhältnisse der königl. Bergwerks-Verwaltung in Saarbrücken für unrichtig. Es handelt sich da um eine besondere Prämie und ein Darlehen, welches den Arbeitern unabhängig von ihrem Lohn gewährt wird. Ihnen dieses Benefizium bei einem Ausstand mit Contractbruch zu entziehen, ist einfach Pflicht der Bergwerksverwaltung.

Abg. v. Stumm (Reichsp.): Die Behauptung des Hrn. Bebel, daß die Gebrüder Stumm Arbeiter entlassen hätten, weil sie gewissen Bestrebungen huldigten, hat mit der Wohnungsfrage nichts zu thun; es ist keinem Arbeiter deswegen die Wohnung gekündigt worden. Ich halte an dem Grundsatz fest, keinen Arbeiter zu beschäftigen, der sich der socialdemokratischen Bewegung anschließt. (Beifall rechts.) Die Maßregel richtet sich also nicht gegen die Arbeiter selbst, sondern gegen die Agitatoren. Die socialdemokratische Agitation im Saarrevier hat auch ein klägliches Ende genommen. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel: Das Vorgehen der Saarbrücker Bergwerksverwaltung hebt die Coalitionsfreiheit der Arbeiter einfach auf. Herr v. Stumm hat sogar des Lesen eines freisinnigen Blattes mit der Strafe der Cession bedroht. An Stelle der religiösen Unbuddsamkeit der früheren Jahrhunderte ist jetzt bei Großindustriellen und bei den Staatsbehörden die politische Unbuddsamkeit getreten. In den Fabrikanordnungen heißt es jetzt, Socialdemokraten werden nicht in die Fabrik aufgenommen. Warum haben Sie denn das Socialistengesetz aufgehoben? Dann müßten Sie doch den Socialdemokraten für vogelfrei erklären und ihm überhaupt das Recht nehmen, sich im deutschen Reich aufzuhalten.

Minister v. Berlepsch: Wenn, wie Hr. Bebel gesagt hat, die Bergwerksverwaltung in Saarbrücken contractbrüchige Arbeiter wieder aufgenommen hat, so ist das in der Erwägung geschehen, daß der größte Theil der Arbeiter den Contractbruch in einer Zwangslage begangen hat, nicht in einer Zwangslage, die durch die Bergwerksverwaltung herbeigeführt ist, sondern durch die Agitatoren, die die anderen Genossen genötigt haben, dem Contractbruch sich anzuschließen. Aus diesem Grunde hat die Verwaltung mit Recht über den Contractbruch hinweggesehen.

Abg. Deuschner (Reichsp.): Ich bin in den Bergrevieren viel genauer bekannt als Herr Bebel und weiß, daß die vernünftigen Leute sich durch die Agitatoren nicht beeinflussen lassen und nichts von socialdemokratischen Principien wissen wollen; denn sie

haben gesunden Menschenverstand genug, um zu wissen, wohin das führen würde. Es wird sich niemand das Fell über die Ohren ziehen lassen, bloß weil die Herren Socialdemokraten es wollen. Die Maßregeln der Arbeitgeber richten sich nicht gegen die Arbeiter, sondern gegen die Agitatoren der Socialdemokratie.

Abg. Roßkötter (lib.): Ein großer Theil der Wohlfahrts-einrichtungen für die Arbeiter, wenn auch nicht alle, macht dem deutschen Namen große Ehre und ist ein schönes Zeugniß für die Humanität der Arbeitgeber. Mit den Worten „fesseln, knechten“ wird ein großer Unfug getrieben. Die politische Freiheit der Arbeiter besteht unbedingt in der großen Mehrheit der Betriebe. Wäre das nicht der Fall, so würden die 11½ Millionen socialdemokratischen Wähler ja keine Arbeit mehr finden.

Abg. v. Stumm: Gerade weil das Socialistengesetz nicht erneuert ist, haben die Arbeitgeber die heilige Pflicht, im Wege der Selbsthilfe das anzustreben, was der Staat bisher erreicht hat. Nicht um politische Ueberzeugungen handelt es sich hier, sondern darum, ob der Arbeitgeber Leute in seinem Betriebe dulden darf, die ihm bei jeder Gelegenheit den Hals abschneiden können. Herr Bebel mag sich bei seinem Freunde Liebknecht erkundigen, was Arbeiterfreiheit ist. Gibt es eine größere Anechtung, als sie Liebknecht in der Philharmoniefrage widerfahren ist?

Abg. Bebel: Der Unternehmer mag Wohlfahrts-einrichtungen einführen, aber auf seine Kosten. Macht er von seiner Uebermacht Gebrauch, zwingt er den Arbeiter gegen seinen Willen zum Beitritt, dann sind wir dagegen. Darum dreht sich hier die Frage. Es ist ein unerhörtes Verhältniß, wenn unter dem Namen der Wohlfahrts-einrichtungen der Arbeiter gezwungen wird, Spareinlagen zu machen, über welche er im Falle der Noth doch nicht verfügen kann, wenn er die Wohnung verlassen muß, sobald er vom Fabrikanten entlassen wird, und gleichzeitig Arbeit und Obdach verliert. Hr. Deuschner deutete geschmackvoll an, daß die socialdemokratischen Agitatoren den Unternehmern das Fell über die Ohren ziehen wollen; daß sie ihnen den Hals abschneiden wollen, sagte Hr. v. Stumm. Wenn diese beiden großen Arbeitgeber alles auf die Agitatoren zurückführen, warum ziehen sie dann so eifrig gegen die socialdemokratischen Elemente unter ihren Arbeitern zu Felde? In zahlreichen staatlichen Fabrikanordnungen ist ausdrücklich bestimmt, daß schon die Zugehörigkeit zu einem Arbeiterverein von der Beschäftigung ausschließt. Das ist politische Intoleranz schlimmster Art.

Für den socialdemokratischen Antrag stimmen nur die Antragsteller und einige Freisinnige; § 117 wird unverändert angenommen, ebenso ohne Debatte die §§ 118 und 119.

§ 119a bestimmt, daß Lohnneinbehalten zur Sicherung gegen Schaben durch Contractbruch bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im Gesamtbetrag den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen dürfen, und sieht eine ortstatutarische Festschließung der Fristen der Lohnzahlung (zwischen ein und vier Wochen) und eine regelmäßige Mitwirkung der Eltern resp. des Vormundes bei Löhnung der Minderjährigen vor.

Ein Antrag Auer will den ganzen Paragraphen, ein Antrag Dittlinger (Volksp.) die Bestimmungen über die Löhnung der Minderjährigen streichen, während Abg.

Hirsch seine gestern zurückgezogene Resolution wieder eingebracht hat, welche zur Förderung der Wirthschaftlichkeit unter den Arbeitern eine möglichst 14tägige Löhnung mit wöchentlichen Abschlagszahlungen in den staatlichen und kommunalen Betrieben wünscht.

Abg. Payer (Volksp.) empfiehlt die Streichung der Bestimmung, daß der Lohn der Minderjährigen den Eltern ausgezahlt werden soll. Man würde damit vielfach nur Unzufriedenheit erregen, ohne daß man praktisch das erreichen wird, was man erstrebt. Wenn man auf patriarchalische Zustände zurückgehen will, wer bürgt dafür, daß die Arbeitgeber auch das Zeug zum Patriarchen haben? (Heiterkeit.) In vielen Fällen wäre es viel mehr angebracht, die Kinder vor den Eltern zu schützen.

Abg. Molkenbühr (Soc.) spricht für die Streichung des Paragraphen. Der Arbeiter braucht sich Abzüge von seinem Lohn nicht gefallen lassen. Durch eine solche Lohnneinbehaltung wird man Strikes nicht verhindern können. Man provocirt aber dadurch gerade die Arbeitgeber, die Arbeiter um einen Wochenlohn zu betrügen, denn ein Mittel wird sich immer finden lassen, die Arbeiter zur Niederlegung ihrer Arbeit zu veranlassen.

Geh. Rath Hoffmann führt aus, daß die Bestimmungen des Abs. 1 das gegenwärtige Recht gerade im Interesse des Arbeiterschutzes, nicht des Unternehmerschutzes auszugestalten streben.

Abg. Guffeisch (freis.) empfiehlt die Commissionsbeschlüsse. Es ist immer noch besser als gar nichts, wenn man die ortstatutarische Regelung als Ausweg acceptirt, um Verhältnisse, wie die Lohnfristen, die sich einheitlich für das ganze Reich nicht regeln lassen, in kleineren kommunalen Verhältnissen einheitlich zu ordnen. Erstaunt bin ich, wie die Socialdemokraten die Wohlthaten dieses § 119a den Arbeitern entziehen wollen. Hr. Bebel selbst hat in der Commission Fälle angeführt, wo die Arbeiter mehrere Hundert Mark Lohn als Caution stehen lassen mußten; das ist nun nicht mehr möglich nach der neuen Fassung unseres § 119a. Nehmen Sie den § 119a nicht an, so bleibt die volle Vertragsfreiheit, und den Arbeitern können viele Hunderte Caution wieder auferlegt werden.

Abg. Hirsch (freis.): Die Ziffern 2 und 3 des zweiten Absatzes kann ich im Gegensatz zum Vorredner nicht billigen; ich werde vielmehr mit der Volkspartei für deren Beseitigung stimmen. Wenn die Socialdemokraten aber den Absatz 1 ablehnen, weil sie eine Bevormundung des Arbeiters nicht wollen, so ist das eine Widerspruch in sich selbst. Meine Resolution empfehle ich Ihnen zur Annahme; ich habe die Communalverbände und Communen diesmal weggelassen, nicht weil ich nicht auch bei ihnen kurze Lohnfristen wünsche, sondern weil der Reichskanzler auf diese Verbände und Communen keinen Einfluß direct besitzt. Die langen Lohnfristen fördern das Borgsystem und damit den Zwang für den Arbeiter, seine Bedürfnisse zu theureren Preisen und in schlechterer Beschaffenheit sich zu besorgen.

Die Debatte wird geschlossen.

Abg. Singer: Vor der Abstimmung bezweifle ich die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Abg. Windthorst: Ich beantrage die Vertagung. Durch Annahme dieses Antrages wird die Debatte auf Mittwoch vertagt.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 24. Februar. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 190—193. — Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 185—190, russ. loco fest, 131—135. — Hafer ruhig. — Gerste fest. — Rübsöl (unverpölet) fest, loco 59. — Spiritus matt, per Febr. 35 1/2 Br., per Februar-März 35 1/4 Br., per März-Mai 35 1/4 Br., per Mai-Juni 35 1/2 Br. — Kaffee fest. Umlatz 1500 Cask. — Petroleum rubia. Standard white loco 6,65 Br., per März 6,60 Br. — Wetter: Schön.

Hamburg, 24. Februar. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product Basis 88 Rendement, neue Usance, f. a. B. Hamburg, per Februar 13,75, per März 13,62 1/2, per Mai 13,62 1/2, per August 13,82 1/2. Ruhig.

Hamburg, 24. Februar. Kaffee. Good average Santos per Februar 83 1/2, per März 82 1/4, per Mai 80 3/4, per Sept. 77. Beahuptet.

Bremen, 24. Februar. Petroleum. (Schlussbericht.) Still. Standard white loco 6,55 Br.

Havre, 24. Febr. Kaffee. Good average Santos per März 103,50, per Mai 101,75, per September 97,00. Beahuptet.

Frankfurt a. M., 24. Febr. (März-Course.) Effecten-Societät. (Schluss.) Creditactien 270 1/4, Franzosen 217 1/2, Lombarden 115 1/2, 4% ungar. Goldrente 93,20, Gotthardbahn 150,80, Disconto-Commandit 207,50, Dresdener Bank 153,90, Laurahütte 135,20, Gelsenkirchen 165,90, Neue 5% Rente 86,50. Fest.

Wien, 24. Februar. (Schluss-Course.) Oester. Papierrente 91,90, do. 5% do. 102,00, do. Silberrente 91,80, 4% Goldrente 110,20, do. ungar. Goldrente 105,15, 5% Papierrente 101,00, 1860er Loose 138,00, Anglo-Aust. 166,25, Länderbank 221,00, Creditactien 305,62 1/2, Unionbank 246,00, ungar. Creditactien 339,50, Wiener Bankverein 117,75, Böhm. Westbahn 341,50, Böhm. Nordbahn

338, Busch. Eisenbahn 486,00, Dug.-Bodenbacher —, Elbethalbahn 222,50, Nordbahn 2787,50, Franzosen 245,00, Galizier 211,75, Cemberg-Ejern. 235,50, Lombarden 131,25, Nordwestbahn 216,25, Pardubitzer 178,50, Alp.-Mont.-Act. 96,10, Tabakactien 151,75, Amsterd. Wechsel 95,25, Deutsche Plätze 56,45, Londoner Wechsel 115,10, Pariser Wechsel 45,60, Napoleons 9,13, Marknoten 56,47 1/2, Russische Banknoten 1,33 1/4, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 24. Februar. Getreidemarkt. Weizen per März 226, Roggen per März 165—164—165, per Mai 158—159, per Oktober 145—156—147—148.

Antwerpen, 24. Februar. Getreidemarkt. Weizen fest. Gerste unverändert. Roggen fest. Hafer fest.

Antwerpen, 24. Febr. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 17 bez. u. Br., per Februar 16 1/2 Br., per März 16 Br., per April 16 Br. Ruhig.

Paris, 24. Februar. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen fest, per Februar 27,70, per März 27,80, per März-Juni 27,80, per Mai-Aug. 27,70. — Roggen beahpt., per Februar 17,20, per Mai-Aug. 18,10. — Weizen behaupt., per Febr. 60,00, per März 60,10, per März-Juni 60,20, per Mai-Aug. 60,60. — Rübsöl ruhig, per Februar 69,00, per März 69,00, per März-Juni 69,50, per Mai-Aug. 70,50. — Spiritus fest, per Febr. 39,25, per März 39,25, per Mai-Aug. 41,00, per Sept.-Dezbr. 39,75. — Wetter: Schön.

Paris, 24. Febr. (Schlusscourse.) 3% amortisirbare Rente 95,95, 3% Rente 95,70, 4 1/2% Anl. 105,00, 5% ital. Rente 95,12 1/2, österr. Colbr. 98 3/4, 4% ungar. Goldrente 93,25, 3% Orientanleihe 78,25, 4% Russen 1880 99,75, 4% Russen 1889 99,60, 4% unific. Aegyptier 495,00, 4% span. äußere Anleihe 77 1/2, conv. Türken 19,62 1/2, türk. Loose 79,30, 4% privilegierte türk. Obligations 437,50, Franzosen 543,75, Lombarden 306,25, Comb. Prioritäten 342,50, Banque ottomane 629,00, Banque de Paris 840,00, Banque d'Escompte 553,00, Credit foncier 1288,00, do.

mobiliär 441,25, Meridional-Actien 693,75, Panamakanal-Actien —, do. 5% Oblig. 35,00, Rio Tinto-Actien 585,00, Suezkanal-Actien 2450,00, Gaz Parisien 1468,00, Credit Foncier 821,00, Gaz pour le Fr. et l'Etranger 595, Transatlantique 613,00, B. de France 4320,00, Ville de Paris de 1871 413,00, Tab. Ottom. 343,00, 2 1/2% Conf. Angl. —, Wechsel auf deutsche Plätze 121 1/2, Londoner Wechsel kurz 25,23 1/2, Cheques a. London 25,25, Wechsel Wien kurz 217,75, do. Amsterdam kurz 206,87, do. Madrid kurz 486,25, C. d'Esc. neue 660, Robinson-Act. 60,31. Neue 3% Rente 94,02 1/2.

London, 24. Februar. Englische 2 1/2% Consols 97, Br. 4% Consols 104, ital. 5% Rente 94 1/2, Lombard. 12 1/2, 4% conf. Russen von 1889 (2. Serie) 99 1/2, conv. Türken 19 1/2, österr. Silberrente 80, österr. Goldrente 98, 4% ungarische Goldrente 92, 4% Spanier 77 1/2, 3 1/2% privil. Aegyptier 94, 4% unific. Aegyptier 98 1/2, 3% garantierte Aegyptier 101 1/4, 4 1/2% ägypt. Tributant. 98 3/4, 6% conf. Mexikaner 91 1/4, Ottomanbank 14 1/2, Suezactien 97, Canab-Pacific 76 1/2, De Beers-Actien neue 15 1/2, Rio Tinto 23 1/4, 4 1/2% Rupees 76, Argent. 5% Goldanleihe von 1886 74 1/2, do. 4 1/2% äußere Goldanleihe 56, Silber —, Neue 3% Reichsanleihe —, Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,54, Wien 11,65, Paris 25,45, Petersburg 27 1/2, Plahdiscont 2 1/2.

Glasgow, 24. Februar. (Schluss.) Rohseisen. Mired numbre warrants 48 sh. 10 d.

Liverpool, 24. Februar. Baumwolle. (Schlussbericht.) Umlatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 600 Ballen. Stielg. Aegyptier 1/2 niedriger. Mibbl. amerikanische Lieferungen: per Febr.-März 42 1/2 Käuferpreis, per März-April 45 1/2 Werth, per April-Mai 45 1/2 Verkäuferpreis, per Mai-Juni 5 do., per Juni-Juli 5 1/2 do., per Juli-August 5 1/2 do., per August-September 5 1/2 do., per September-Oktober 5 1/2 Käuferpreis.

Liverpool, 24. Februar. (Getreidemarkt.) Weizen 1/2 d. höher. Mehl und Mais stetig. — Wetter: Schön.

Petersburg, 24. Februar. Wechsel a. Condon 85,15, do. Berlin 41,82 1/2, do. Amsterdam 70,50, do. Paris 33,70, 1/2-Imperials 685, russ. Bräm.-Anleihe von 1864 (gest.) 236 1/2, do. 1866 228, russ. 2. Orientanleihe 103, do. 3. Orientanleihe 104, do. 4% innere Anleihe —, do. 4 1/2% Bodencredit-Pfandbriefe 140, Große russ. Eisenbahnen 222 1/4, russ. Südbahnen-Act. 117, Petersburger Discontobank 610, Petersburger intern. Handelsbank 515, Petersburger Privat-Handelsbank 284, russ. Bank für ausmärt. Handel 231, Warshauer Discontobank —, Russ. 4% 1889er Conf. 134 1/2, Privatdiscont. 4. Petersburg, 24. Februar. Productenmarkt. Salz loco 42,00. — Weizen loco 10,75, Roggen loco 7,25, Hafer loco 4,40, Hanf loco 40,00, Leinfaat loco 12,00. — Wetter: Frost.

Englische Cheviots u. Rammingarn, nobelfertig reine Wolle ca. 140 cm breit a 3,45 M per Meter bis 8,75 verfeinend direct an Private jedes beliebige Quantum Bughin-Fabrik-Depot Deisinger & Co., Frankfurt a. M. Muster-Auswahl bereitwilligst franco.

Rolhe Bordeauxweine, direct bezogen, a Flasche 1,50 und 2 M bei A. Kurowski, Breitisch: 89, Petersburg 8.

Vertheilungen, hervorgerufen durch den Genuss von geistigen Getränken, der starken Tabaken, finden durch Farn Sedener Mineral-Bädern, in allen Apotheken und Droguerien a 85 Pf. zu haben, die denkbar beste und gründlichste Bekämpfung. Man nimmt 3—4 Pforten Morgens früh und Abends vor dem Schlafengehen. Günstiger Erfolg wird nie versiegt.

Berliner Fondsbörse vom 24. Februar.

Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit theilweise etwas niedrigeren Coursen auf speculativem Gebiet, wie auch die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen wenig günstig lauteten und besondere geschäftliche Anregung nicht darboten. Hier entwickelte sich das Geschäft im allgemeinen ruhig, gewann aber gelegentlich einiger Schwankungen etwas größere Ausdehnung. Im weiteren Verlaufe des Verkehrs befestigte sich die Haltung vorübergehend und der Schluss erschien aufs Neue befestigt. Der Kapitalmarkt bewahrte

gute Festigkeit für heimische solide Anlagen, die auch lebhafter gehandelt wurden. Fremde, festen Zins tragende Papiere, Staatsfonds und Renten waren beahptet und ruhig. Der Privatdiscont wurde mit 2 1/2% notirt. Auf internationalem Gebiet gingen österreichische Creditactien mit einigen Schwankungen mäßig lebhaft um. Franzosen waren etwas besser und lebhafter. Inländische Eisenbahnactien zumeist wenig verändert und ruhig. Bankactien lagen schwach. Industriepapiere theilweise fester.

Deutsche Fonds.			Poln. Liquidat.-Pfdbr.		
Deutsche Reichs-Anleihe	4	106,70	Poln. Pfandbriefe	4	71,50
do. do.	3 1/2	99,00	Italienische Rente	5	73,90
do. do.	3	86,60	Rumänische Anleihe	6	94,75
Nonsolidirte Anleihe	4	106,00	do. fundirt. Anl.	5	101,75
do. do.	3 1/2	99,00	do. amort. do.	5	99,90
do. do.	3	86,70	do. 4% Rente	4	87,25
Staats-Schuldsscheine	3 1/2	99,60	Türk. Admin.-Anleihe	5	90,70
Ostpreuss. Prov.-Oblig.	3 1/2	95,30	Türk. conv. 1% Anl. Ca. D.	1	19,05
Westpr. Prov.-Oblig.	3 1/2	95,25	Serbische Gold-Pfdbr.	5	95,20
Landsh. Centr.-Pfdbr.	4	—	do. Rente	5	92,75
Ostpreuss. Pfandbriefe	3 1/2	96,75	do. neue Rente	5	92,30
Dommerische Pfandbr.	3 1/2	97,70			
do. do.	4	101,25			
Dosenische neue Pfdbr.	4	101,90			
do. do.	3 1/2	96,90			
Westpreuss. Pfandbriefe	3 1/2	97,00			
do. neue Pfandbr.	3 1/2	97,10			
Domm. Rentenbriefe	4	103,10			
Dosenische do.	4	103,10			
Dreussische do.	4	103,10			

Ausländische Fonds.			Hypotheken-Pfandbriefe.		
Österr. Goldrente	4	97,40	Danz. Hypoth.-Pfandbr.	4	—
Österr. Papier-Rente	5	90,10	do. do.	3 1/2	—
do. do.	4 1/2	81,30	Dtsch. Grundsch.-Pfdbr.	4	100,80
do. Silber-Rente	4 1/2	81,10	Hamb. Hypoth.-Pfdbr.	4	101,00
Ungar. Eisenb.-Anleihe	4 1/2	102,40	Meininger Hyp.-Pfdbr.	4	101,00
do. Papier-Rente	5	89,20	Nordb. Grd.-Ed.-Pfdbr.	4	101,00
do. Gold-Rente	4	93,10	Domm. Hypoth.-Pfdbr.	4	—
Russ.-Engl. Anleihe 1875	4 1/2	102,00	neue gar.	4	—
do. do. 1880	4	99,25	alte do. do.	4	—
do. Rente 1883	6	107,80	do. do. do.	3 1/2	94,00
do. Rente 1884	5	107,10	III., IV. Em.	4	100,50
Russ. Anleihe von 1889	4	—	Br. Bod.-Cred.-Act.-Bh.	4 1/2	114,50
Russ. 2. Orient-Anleihe	5	76,40	Br. Central-Bod.-Cr.-B.	4	101,30
do. 3. Orient-Anleihe	5	77,25	do. do. do.	3 1/2	95,10
do. Stiegl. 5. Anleihe	5	80,25	do. do. do.	4	103,00
Russ.-Poln. Schatz-Dbl.	4	94,90	Br. Hypoth.-Actien-Bh.	4	101,00
			Br. Hypoth.-A.-A.-C.-C.	4 1/2	—
			do. do. do.	4	101,10
			do. do. do.	3 1/2	94,30
			Stettiner Nat.-Hypoth.	5	103,00
			do. do.	4 1/2	99,70
			Russ. Bod.-Cred.-Pfdbr.	4	111,00
			Russ. Central-	5	95,10

Lotterie-Anleihen.			Bank- und Industrie-Actien. 1890.		
Bad. Prämien-Anl. 1867	4	141,00	Berliner Kassen-Berein	135,25	7 1/4
Bair. Prämien-Anleihe	4	142,75	Berliner Handelsges.	156,60	9 1/2
Braunschw. Br.-Anleihe	—	106,20	Berl. Prob. u. Hand.-A.	—	—
Gotth. Präm.-Pfdbr.	3 1/2	113,00	Bremer Bank	113,25	6
Hamburg. 50thlr.-Loose	3	139,30	Bresl. Discontobank	106,00	—
Köln-Mind. Br.-G.	3 1/2	138,00	Danziger Privatbank	—	—
Lübeck. Präm.-Anleihe	3 1/2	133,00	Deutsche Bank	154,40	—
Österr. Loose 1854	4	120,70	Deutsche Genossensch.-B.	125,00	7
do. Cred.-C. v. 1858	—	336,50	do. Bank	161,50	—
do. Loose von 1860	5	125,40	do. Effecten u. M.	—	—
do. do. 1864	—	333,00	do. Reichsbank	140,80	—
Oldenburger Loose	5	129,75	do. Hypoth.-Bank	112,75	—
Pr. Präm.-Anleihe 1855	3 1/2	171,10	Disconto-Command.	211,40	—
Raab-Graz 1003.-Loose	4	105,00	Gothaer Grunder.-Bh.	90,00	—
Ruf. Präm.-Anl. 1864	5	177,00	Hamb. Commerz.-Bank	119,90	5
do. do. von 1866	5	168,00	Hannoversche Bank	114,30	5 1/2
Ung. Loose	—	258,90	Königsb. Vereins-Bank	99,25	4
			Lübecker Comm.-Bank	—	7
			Magdb. Privat-Bank	104,50	6 1/2
			Meininger Hypoth.-B.	103,80	—
			Norddeutsche Bank	152,50	8 1/2
			Österr. Credit-Anstalt	—	—
			Domm. Hyp.-Act.-Bank	106,50	—
			do. do. conv. neue	—	—
			Potsd. Provinz.-Bank	—	6 1/2
			Preuss. Boden-Credit	121,80	—
			Pr. Centr.-Boden-Cred.	154,25	—
			Schaffhauf. Bankverein	113,60	—
			Schlesischer Bankverein	121,50	—
			Südd. Bod.-Credit-Bk.	—	6 1/2

Ausländische Prioritäten.			Berg- u. Hüttengesellschaften.		
Gotthard-Bahn	5	101,90	Dortm. Union-St.-Prior.	—	—
Italien. 3% gar. C.-Pr.	3	58,10	Königs- u. Laurahütte	134,60	—
Italien. Dberb.-Gold-Pr.	4	98,50	Stolberg, Zink	65,60	—
Kronpr.-Rudolf-Bahn	4	84,70	do. St.-Pr.	125,75	—
Österr.-Fr. Staatsb.	3	85,20	Victoria-Hütte	—	—
Österr. Nordwestbahn	5	94,10			
do. Elbthalb.	5	93,60			
Österr. 5% Oblig.	5	105,00			
Ungar. Nordostbahn	5	89,70			
do. do. Gold-Pr.	5	103,20			
Anatol. Bahnen	5	89,50			
Brest-Grajewo	5	99,80			
Kursk-Charkow	4	95,40			
Kursk-Riem	4	95,00			
Mosko-Kajan	4	96,40			
Mosko-Smolensk	5	101,00			
Rybinsk-Bologone	5	97,90			
Rjasan-Roslow	4	94,70			
Warshaw-Teresopol	5	102,60			
Oregon-Naila-Nap.Bds.	5	94,10			
Northern-Pacif.-Eis. III.	6	107,00			
do. do.	5	87,50			

Wechsel-Cours vom 24. Februar.			Sorten.		
Amsterdam	8 Tg. 3	168,50	Dukaten	—	—
do.	2 Mon. 3	167,95	Guldens	—	—
London	8 Tg. 3	28,345	20-Francs-St.	16,145	—
do.	3 Mon. 3	20,23	Imperials per 500 Gr.	—	—
Paris	8 Tg. 3	80,60	Dollar	—	—
Brüssel	8 Tg. 3	80,65	Englische Banknoten	20,33	—
do.	2 Mon. 3	81,35	Französische Banknoten	81,20	—
Wien	8 Tg. 4 1/2	177,10	Oesterreichische Banknoten	177,30	—
do.	2 Mon. 4 1/2	176,30	Russische Banknoten	237,80	—
Petersburg	3 Tg. 5	237,10			
do.	3 Mon. 5	236,00			
Warshaw	8 Tg. 5	237,50			